

CDU fordert Antworten von der Kreisverwaltung

DEPONIE Fraktion äußert Sorge über die Pläne in Döhlen – Brief an Landrat

DÖHLEN/LANDKREIS/LD – Mit zunehmender Sorge betrachtet die CDU-Kreistagsfraktion die Entwicklung bei den Plänen der Deponie in Döhlen. Die CDU habe im Januar im Kreisausschuss den Entschluss mitgetragen, das anhängige Klageverfahren zurückzunehmen, weil formal für den Landkreis keine Klagebefugnis bestehe und die Klage daher keine Aussicht auf Erfolg gehabt habe.

Die ablehnende Haltung gegen das Vorhaben bleibe für die CDU jedoch. Kreisverwaltung und Politik hätten sich

verpflichtet, jegliche ideelle Unterstützung zur Verhinderung der Deponie zu geben. „Umso überraschter sind wir, dass der Antragsteller nach unseren Informationen das Ausgleichs- und Kompensationskonzept geändert hat und die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses positiv beschieden wurde“, berichtet Fraktionsvorsitzender Dirk Vorlauf.

Da die Kreistagsabgeordneten an diesem Verfahren nicht beteiligt und nicht informiert worden seien, hat die CDU in einem Schreiben an

Landrat Carsten Harings mehrere Fragen aufgeworfen:

1. Wurde die Kreisverwaltung im Verfahren zur Änderung des Planfeststellungsbeschlusses beteiligt? Die CDU fordert von der Kreisverwaltung alle Aussagen im Zusammenhang mit der Deponie.

2. Warum hat die untere Naturschutzbehörde in 2017 eine neue Kartierung genehmigt? War dies notwendig und auf welcher Rechtsgrundlage ist das erfolgt?

3. Sind in dem Verfahren seitens des Landkreises alle Möglichkeiten genutzt wor-

den, um naturschutzrechtliche Vorgaben durchzusetzen? Könnte diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit dem Rechtsbeistand des Nabu förderlich sein?

4. In diesem Zusammenhang lehnt die CDU-Kreistagsfraktion die im Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises im Abschnitt 5.4 mineralische Abfälle enthaltene Empfehlung ab. Dort heißt es: „Der Landkreis Oldenburg sollte sich für Projekte zur Schaffung von Deponiekapazität für mineralische Abfälle offen zeigen.“